

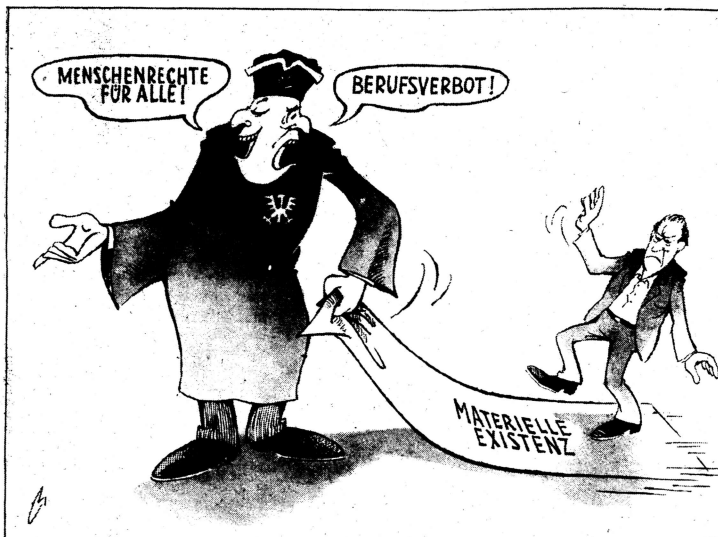
den Traditionen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung seine Wurzeln. Mit ihrer massenverbundenen Dialogpolitik, mit der breitesten Einbeziehung aller Schichten der Bevölkerung in die Ausgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, führt die SED das Erbe der KPD fort.

Doch das verschweigen die ideologischen Diversanten. Ihr Angriff auf dieser Flanke hat vielmehr das Ziel, jenen Kräften in der DDR, die zu einem großen Teil von westlichen Medien gesteuert und ausgehalten werden, einen Schutzschild zu verschaffen. Gegen solche Kräfte jedoch, die aus ihrer Feindschaft gegen den Sozialismus kein Hehl machen, die in Medien der BRD als „Gegner der SED“, als „Opposition“, die „mitten ins Herz der SED stößt“, bezeichnet werden, hat die sozialistische Staatsmacht nicht nur das verfassungsmäßige Recht, sondern auch die Pflicht, Machtmittel des Staates der Arbeiter und Bauern einzusetzen.

Warum nutzen die entspannungsfeindlichen Kräfte heute verstärkt die Begriffe Menschenrecht und Freiheit in der ideologischen Diskussion? Dafür gibt es mehrere Ursachen. Zwei sollen dabei hervorgehoben werden:

Es kann erstens nicht übersehen werden, daß der real existierende Sozialismus im internationalen Maßstab an Ausstrahlungskraft gewinnt, weil er als System grundlegende Menschenrechte garantiert. Des weiteren löst er Aktivitäten aus, auch international kulturvoll über Menschenrechte zu diskutieren. So hat die Sowjetunion unter anderem die Einberufung eines internationalen Treffens in Moskau über humanitäre Fragen vorgeschlagen und die Regierung der USA zur Bildung einer gemeinsamen Kommission zur Untersuchung der Menschenrechtssituation in beiden Staaten aufgefordert.

Die konfrontativen Kräfte des Imperialismus, die zugleich die ag-



Zeichnung: U. Mahnke, (entnommen aus „horizont“)

gressivsten und reaktionärsten Teile des Monopolkapitals repräsentieren, scheuen diesen Vergleich zwischen den Systemen, ist doch die Verwirklichung der Menschenrechte in ihrer Komplexität und wechselseitige« Bedingtheit zu untersuchen. In erster Linie geht es hierbei um das Recht auf ein Leben in Frieden, auf soziale Sicherheit, auf Gleichberechtigung der Menschen unabhängig von sozialem Besitzstand, von Hautfarbe und Religionszugehörigkeit, auf Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, um nur einige zu nennen. Aus diesem Grunde weichen sie bis heute einer echten Diskussion über Menschenrechte aus und ersetzen sie vielmehr durch eine antisozialistische Menschenrechtsdemagogie.

yVas zweitens die Menschenrechtskampagne in den BRD-Medien angeht, so darf eins nicht außer acht gelassen werden: In einigen Monaten begehen die BRD und die DDR den 40. Jahrestag ihrer Gründung. Diese Daten bieten in besonderem Maße Gelegenheit, zu vergleichen, welches der beiden Gesellschaftssysteme in diesen vier Jahrzehnten

mehr für die Menschen geleistet hat. Die DDR hat dabei, wie bereits angeführt, ein Positivsaldo. Das kann man von der BRD nicht sagen. So nimmt es nicht Wunder, daß imperialistische Diversions- und Manipulierungsexperten versuchen, die DDR und ihr sozialistisches Gesellschaftssystem, wenn sie es schon nicht mehr aus der Welt schaffen können, zunehmend zu diffamieren. „Die Hunde bellen, doch die Karawane zieht weiter!“ - Das Gerede imperialistischer Demagogen von flagranten Menschenrechtsverletzungen und fehlenden Freiheiten ändert nichts an dem bewährten Kurs der DDR. Mit der erfolgreichen Politik der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik werden auch in Zukunft jene Voraussetzungen geschaffen, die gewährleisten, daß alle Bürger der DDR ihre erst durch die sozialistische Gesellschaft möglich gewordenen persönlichen Freiheiten und Menschenrechte umfassend wahrnehmen und aktiv zu ihrer Erweiterung beitragen können.

Dr. Ernst Becker

Abteilungsleiter  
im Institut für Internationale Politik  
und Wirtschaft der DDR